

Gesprächstermin des VFB mit CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer am 29. Juli 2014 in der CSU-Landesleitung München

Teilnehmer von Seiten des VFB:

1. Dr. Fritz Kempfer, VFB-Präsident
2. Michael Schwarz, VFB-Vizepräsident
3. Klaus von Gaffron, VFB-Vizepräsident und
Vorsitzender des Berufsverbandes Bildender Künstler Bayern
4. Josef Kammermeier, VFB-Vizepräsident und stv. Vorsitzender des Bay.
Apothekerverbandes
5. Rüdiger von Eisebeck, VFB-Vizepräsident und Vorsitzender des deutschen
Verbandes für Physiotherapie, Landesverband Bayern
6. Dr. Bruno Waldvogel, VFB-Vizepräsident und Vizepräsident der Bay.
Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und
Jugendlichenpsychotherapeuten
7. Julia Maßmann, VFB-Geschäftsführerin

Teilnehmer von Seiten der CSU-Landesleitung:

1. Andreas Scheuer, CSU-Generalsekretär
2. Dr. Christian Alex, Landesvorsitzender des Gesundheitspolitischen Arbeitskreises
3. Maria Dietrich, Referentin Büro des Generalsekretärs

Themen:

1. Angriffe seitens der EU auf die Strukturen der Freien Berufe
2. Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung auch für die Heilberufe
3. Bay. Gesundheitspolitik in der Großen Koalition
4. Novellierung der GOÄ, GOZ
5. Forderungen der Physiotherapeuten
6. Forderungen der Psychotherapeuten
7. Förderung zeitgenössischer Kunst

1. Herr Dr. Kempfer sprach zunächst die Problematik „**Angriffe seitens der EU auf die Strukturen der Freien Berufe**“ an. Er hob hervor, wie wichtig unser in Europa einzigartiges und erfolgreiches System der Selbstverwaltung mit seinem Kammerwesen, seinen Berufsregeln sowie seinen Gebührenordnungen für die Freien Berufe und insbesondere auch unter Verbraucherschutzgesichtspunkten ist. Herr Dr. Kempfer erklärte auf Nachfrage von CSU-Generalsekretär Scheuer, dass die Freien Berufe mit den bayerischen Europaabgeordneten Dr. Angelika Niebler, Markus Ferber und Manfred Weber sehr gut vertreten seien und von diesen gute Unterstützung erhielten. Trotzdem sei es ihm wichtig die Politik hier immer wieder zu sensibilisieren. Herr Scheuer stimmte zu. Es brauche ein parlamentarisches Frühwarnsystem, da auf EU-Ebene schwer rückgängig zu machen sei, was erst einmal festgeschrieben sei.

2. Thema des Gesprächs war weiter die **Einführung der Partnerschaft mit beschränkter Berufshaftung in Bayern auch für die Heilberufe**. Herr Dr. Kempfer erklärte, dass die Neufassung des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes nunmehr allen Freiberuflern die Möglichkeit eröffnet eine solche Gesellschaft mit beschränkter Berufshaftung zu errichten. Der Zugang zur Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung setze allerdings eine Ergänzung der Bayerischen Berufsgesetze (Baukammergesetz, Heilberufekammergesetz) dahingehend voraus, dass die entsprechenden Bestimmungen über die Berufshaftpflichtversicherungen ergänzt bzw. neu eingeführt werden. Rechtsanwälte,

Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, denen die neue Rechtsform bereits offen stehe, würden bereits ausgiebig Gebrauch von der neuen Rechtsformvariante machen. Für die Ingenieure und Architekten werde eine entsprechende Ergänzung im Baukammergesetz am 1. November 2014 in Kraft treten. Auch die Zahnärzte seien sehr interessiert an der Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung für Heilberufe. Die Ärzte seien etwas zurückhaltend, da die Festlegung der Haftungssumme als schwierig angesehen wird. Herr Dr. Kempter hob insbesondere den Nutzen der Einführung der Partnerschaft mit beschränkter Berufshaftung für den Verbraucherschutz und damit das Gemeinwohl hervor, da eben eine bestimmte Haftungssumme gewährleistet sei und bat um Unterstützung, da die Ergänzung des Heilberufekammergesetzes Ländersache ist.

3. Bay. Gesundheitspolitik in der Großen Koalition

Herr Kammermeier forderte eine bessere Verzahnung der Bayerischen Gesundheitspolitik mit dem Gesundheitsausschuss des Bundestages. Die Gesundheitspolitik der CSU müsse in Berlin stärker zu erkennen sein. Herr Kammermeier übergab Herrn Scheuer die Forderungen der Apotheker an die Politik in schriftlicher Form.

4. Thema des Gesprächs war außerdem die **Gebührenordnung für Ärzte**.

Herr Dr. Kempter stellte fest, dass die Novellierung der GOÄ dringend notwendig sei. Die seit 1982 unveränderte GOÄ leide an zwei Kritikpunkten: Zum einen seien infolge der rasanten Fortentwicklung in der medizinischen Behandlung neue Behandlungstatbestände geschaffen worden, die jedoch in der GOÄ nicht enthalten seien. Infolgedessen seien die Ärzte gezwungen mit Analog-Tatbeständen zu arbeiten, was zu unnötigen Diskussionen mit Krankenkassen und sonstigen Versorgungsträgern führe. Der Bürokratieaufwand in den Praxen vergrößere sich hierdurch täglich. Zweitens seien die Honorarsätze, nachdem sie seit 1982 unverändert sind, aber allein die Inflation seither über 30 % betragen hat, absolut veraltet und könnten zu keiner angemessenen Honorierung der ärztlichen Leistung mehr führen.

Herr Schwarz machte am Beispiel der Novellierung der GOÄ deutlich, wie die Selbstverwaltung des Berufes und das Vertrauen in die Berufsvertretung, dass diese allein die Gesundheit im Blick habe, untergraben wird: Bei der Ausarbeitung einer neuen Gebührenordnung dürften Wirtschaftsverbände, Versicherungskonzerne über Leistungsinhalte und wieviel mit welcher Leistung verdient werden kann, mitbestimmen. Diese säßen als große Profiteure mit an der Nahtstelle. Dies müsse unterbunden werden und der Patient wieder im Mittelpunkt stehen.

Herr Scheuer erkundigte sich nach der Einschätzung des VFB zu Förderprogrammen zur Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum. Herr Dr. Kempter erklärte, dass eine bloße Anschubfinanzierung wohl nicht ausreiche. Mindestens genauso wichtig sei, dass die Berufstätigkeit der Frau gewährleistet sei, was mit dem Ausbau von Kinderbetreuung und Schulen verbunden sei. Herr Schwarz fügte hinzu, entscheidend sei, dass das Unternehmen Arztpraxis langfristig wirtschaftlich geführt werden könne. Eine kurzfristige Anschubfinanzierung reiche nicht aus.

5. Für die **Physiotherapeuten** forderte Herr von Eisebeck die freie Heilkundeausübung. Es bedürfe einer deutlichen Regelung im Berufsgesetz, welches überarbeitet werden müsste. Hier müsse die CSU klar in Erscheinung treten. Er wünsche sich hier einen Ansprechpartner, der auf Bundesebene dafür eintrete.

Generell beklagte Herr von Eisebeck ein Kräfteungleichgewicht zwischen Ärzten und nachgeordnet tätigen Berufen wie den Physiotherapeuten. Die Rahmenbedingungen (Abrechnungsrichtlinien, Zulassungsbestimmungen, Bürokratie), unter denen Physiotherapeuten zu arbeiten hätten, seien sehr schlecht. Der Berufsstand würde bei Gesetzgebungsverfahren wie beispielsweise zum Präventionsgesetz nicht so eingebunden wie gewünscht.

Herr Scheuer erkundigte sich nach einem Ausweg aus dieser Situation.

Herr von Esebeck führte daraufhin aus, dass sich sein Berufsstand eine stärkere Selbstverwaltung, eine Verkammerung wünsche. Die Physiotherapeuten bräuchten auch eine stärkere politische Lobby bei Gesetzgebungsverfahren. Änderungen seien nötig, damit die Krankenkassen nicht in derart erheblichem Rahmen über die Physiotherapeuten bestimmen könnten.

Schließlich nannte Herr von Esebeck die Belastung von physiotherapeutischen Präventionsleistungen mit der Umsatzsteuer, die durch einen Erlass des Bayerischen Landesamtes für Steuern vom 25. Oktober 2011 erfolgt sei. Dies sei eine unglaubliche finanzielle Belastung aber auch eine Belastung mit Bürokratie, da in der Steuererklärung drei verschiedene Sätze der Umsatzsteuer ausgewiesen werden müssten.

6. Für die **Psychotherapeuten** wies Herr Dr. Waldvogel auf die dringend notwendige **Novellierung des Psychotherapeutengesetzes** hin. Dieses basiere noch auf den Abschlüssen des Diploms und sei noch nicht an die Bachelor- und Masterabschlüsse angepasst worden. Es herrsche eine gewaltige Unsicherheit, da keine Regelungen existieren würden, wie die gesetzlichen Voraussetzungen auf die neuen Studienabschlüsse anzuwenden seien. Die Approbationsbehörden müssten mit Analog-Zulassungen arbeiten. Die Novellierung sei aber beim Bundesgesundheitsministerium in Arbeit.

7. Förderung zeitgenössischer Kunst

Herr von Gaffron beklagte, dass der Staat zu wenig Verantwortung für die zeitgenössische Kunst übernehme. Die zeitgenössische bayerische Kunst werde nicht wahrgenommen. Gefördert werde die Museumslandschaft und „touristische Event-Kultur“. Er fordere für die zeitgenössische Kunst einen festen Betrag an Förderung, auf den man sich finanziell verlassen könne. Es handele sich stets nur um freiwillige Leistungen des Staates, die immer erneut über den Landtag abgerufen werden müssten. Dies habe er auch bei Gesprächsterminen mit Staatsminister Spaenle und dem Staatssekretär im Finanzministerium Hintersberger vorgebracht.

Julia Maßmann
30. Juli 2014